FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

RESOLUTION

Stand: 13.10.2025

Fünf Maßnahmen für ein sicheres Bayern im Angesicht hybrider Gefahren

Bayern und Deutschland sehen sich im Bereich der Landesverteidigung und der Gewährleistung der Sicherheit für die Bevölkerung neuen, bislang nicht existenten Herausforderungen gegenüber. Wir beobachten Formen hybrider Angriffe auf die Bundesrepublik und ihre europäischen Verbündeten – etwa Sabotageakte an Kabeln in der Ostsee oder gezielte Desinformationskampagnen in sozialen Netzwerken. Besonders gehäuft waren in den vergangenen Wochen Überflüge von Drohnen über polnisches und dänisches Staatsgebiet; zuletzt gab es außerdem Vorfälle am Flughafen München. Insbesondere Russland, zumindest potenziell auch andere Staaten und Organisationen, testen aktuell die Resilienz und den Verteidigungswillen von Staat und Gesellschaft. Dem müssen wir auf allen staatlichen Ebenen wirksam entgegentreten, gerade weil die Bedrohungslage häufig nicht mehr klar zuzuordnen ist: Es ist häufig nicht ersichtlich, ob die Bedrohung von außen oder innen kommt. Wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion setzen uns deshalb für folgende fünf Maßnahmen ein, um im Kontext der aktuellen geopolitischen Lage in Europa und der sich ergebenen, neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen den Schutz von Bevölkerung und Infrastruktur sowie die gesamtgesellschaftliche Resilienz zu optimieren:

Erstens benötigt der Freistaat im aktuellen Kontext Finanzmittel für Aufgaben, die nicht eindeutig den Bereichen der Inneren Sicherheit oder der Landesverteidigung zuzuordnen, aber im Sinne der effektiven Gefahrenabwehr trotzdem von der Landesebene zu erledigen sind. Hinzu kommt, dass wir bestehende Einrichtungen, beispielsweise Zentren medizinischer Versorgung, gegen Angriffe von außen besser schützen müssen. Auch hierfür wird der Einsatz zusätzlicher Finanzmittel erforderlich sein. Der Bund ist im

Hinweis: Dieses Papier darf nicht für Parteizwecke verwendet werden!

Zuge der Änderung des Grundgesetzes (Art. 109 und 115) in den Bereichen der Landesverteidigung, des Bevölkerungsschutzes und dem Schutz informationstechnischer Systeme weitgehend von der Schuldenbremse befreit, um das Land verteidigungsfähig zu machen und die Sicherheitslücken zu schließen. Dies betrifft als Sinn und Zweck dieser Regelung auch die Bereiche, die nun durch die Länder umzusetzen sind. Wir FREIE WÄHLER im Landtag fordern den Bund daher auf, den Ländern und damit auch dem Freistaat Bayern zusätzliche Finanzmittel in erforderlichem Umfang zur Schließung dieser Sicherheitslücken zur Verfügung zu stellen. Wenn erforderlich müssen hierfür auch die nötigen gesetzlichen Grundlagen umgesetzt werden. Betroffen in der Praxis wären etwa die Bereiche der Drohnenabwehr samt entsprechender Ausrüstung der Polizei und dem Aufbau von Spezialeinheiten oder die Ertüchtigung der Krankenhäuser und der Schutz der kritischen Infrastruktur. Letzteres ergibt sich insbesondere durch die geostrategische Lage Deutschlands und Bayerns als logistische Drehscheibe in der Mitte Europas , wodurch unsere Infrastruktur ein potenziell bevorzugtes Angriffsziel darstellen kann.

Zweitens muss die Bevölkerung für die aktuelle Bedrohungslage sensibilisiert werden. Die Verteidigungsfähigkeit und Abschreckungskraft Deutschlands ergibt sich nämlich nicht nur durch militärisches Potenzial, sondern auch durch die Fähigkeit der Gesellschaft als Ganzes, sich in einer Konfliktsituation zu behaupten. Wir FREIE WÄHLER im Landtag haben uns deshalb parlamentarisch dafür eingesetzt, dass der Bund eine Informationsbroschüre über richtiges Verhalten in verschiedenen Krisen- und Konfliktsituationen entwickelt und an alle Haushalte der Bundesrepublik verteilt. Entsprechendes Informationsmaterial kann dafür sorgen, dass die Bevölkerung sich in der Breite mit den Realitäten verschiedener Krisenszenarien auseinandersetzt und ihr gleichzeitig in einem kompakten Format Informationen zur Aufklärung und zum Selbstschutz an die

Hand gereicht werden. Gerade im Kontext gezielter Desinformation ist es zudem wichtig, der Bevölkerung verlässliche Informationen bzw. Anlaufpunkte zum Erhalt ebendieser zu vermitteln.

Drittens müssen insbesondere unsere Kommunen ertüchtigt werden, um ihre Aufgaben zum Schutz der Bevölkerung vor Ort wahrnehmen zu können. Sie müssen etwa befähigt werden, im Verteidigungsfall im Zusammenspiel mit Polizei, Feuerwehr und dem Rettungswesen den Schutz der Menschen vor Ort organisieren sowie durchziehende Militärverbände unterstützen zu können, etwa bei der Versorgung oder dem Freihalten von Straßen. Wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion setzen uns deshalb dafür ein, dass Erste Bürgermeister, Landräte und Bezirkstagspräsidenten sowie Führungskräfte der kommunalen Verwaltungen im Rahmen von Informationsveranstaltungen über Planungen, Vorbereitungsmaßnahmen und Aufgabenfelder aufgeklärt werden, die sich für die kommunale Ebene etwa in den Bereichen des Bevölkerungsschutzes oder der zivil-militärischen Zusammenarbeit ergeben können.

Als vierter Punkt müssen unsere Hilfs- und Rettungsdienste gestärkt werden, welche im Rahmen einer funktionierenden Zivilen Verteidigung eine zentrale Rolle einnehmen. Gezielte Vorbereitungs- und Fortbildungsmaßnahmen sind dabei Grundvoraussetzung, um alle Hilfsorganisationen bestmöglich auf neue Einsatzszenarien vorzubereiten. Wir FREIE WÄHLER im Landtag haben uns deshalb parlamentarisch dafür eingesetzt, dass in Rücksprache mit allen betroffenen Akteuren die Entwicklung eines Modells für einen Freistellungs- und Entgeltfortzahlungsanspruch für ehrenamtliche Einsatzkräfte der freiwilligen Hilfsorganisationen für Aus- und Fortbildungsveranstaltungen sowie Übungen überprüft wird. Ein Entgeltfortzahlungsanspruch bei Teilnahme an besagten Aus- und Fortbildungen ist gerade im Hinblick auf die Attraktivität des Dienstes in den Organisa-

tionen von Bedeutung. Die Gewährleistung der Attraktivität des ehrenamtlichen Engagements ist eine Voraussetzung dafür, dass weiterhin genügend Personal zur Verfügung steht und somit die Funktionsfähigkeit der Organisationen erhalten bleibt.

Als fünfter und letzter Punkt muss noch der Freistaat als Standort für Sicherheits- und Verteidigungstechnologien gestärkt werden. Mit dem Aufbau des Defense Lab Erding fördern wir deshalb bereits ein entsprechendes Innovationszentrum. Für uns FREIE WÄHLER im Landtag sind bereits jetzt weitere geeignete Grundstücke des Freistaats bzw. der Bayerischen Staatsforsten wie beispielsweise der Hagenauer Forst in Schrobenhausen in den Blick zu nehmen, um ein Netzwerk aus Forschung, Start-ups sowie Industrie und damit einen wichtigen Baustein für die Zukunft unserer wehrhaften Demokratie zu schaffen bzw. weiter auszubauen. Für uns als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion steht abschließend fest: Der Erhalt der Sicherheit nach innen und nach außen ist als Kernaufgabe des Staates Grundvoraussetzung, um im Kontext gezielter Desinformationskampagnen gesellschaftliche Spaltungen verhindern, das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit unserer demokratischen Staatsordnung erhalten und die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger gewährleisten zu können. Es ist somit die Pflicht des Staates, effektive Lösungsansätze zur Bekämpfung neuer Gefahren zu entwickeln und rechtliche Antworten auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu finden.

Hinweis: Dieses Papier darf nicht für Parteizwecke verwendet werden!